

# Beschluss

Energieland Sachsen-Anhalt – sicher versorgt, wirtschaftsstark und sozial gerecht

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 09.07.2022

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

## Antragstext

### 0) Einleitung

1 Seit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine am 24.  
2 Februar 2022 befinden wir uns inmitten einer Zeitenwende. Wir als BÜNDNIS 90/DIE  
3 GRÜNEN Sachsen-Anhalt verurteilen den vom Kreml ausgehenden Krieg auf das  
4 Schärfste.  
5

6 Deutschland hat im Jahre 2021 primär folgende Energieträger (Anteile) aus  
7 Russland importiert: Mineralöl (35%), Gas (55%), Steinkohle (50%) und Uran  
8 (20,2%).

9 Sachsen-Anhalt ist in besonderem Maße von Russlands Erdgas und Erdöl abhängig.

10 Es besteht die wesentliche Aufgabe, kurzfristig Importmengen aus russischen  
11 Quellen durch andere Importquellen zu ersetzen bzw. mittelfristig den Verbrauch  
12 durch Energieeffizienz und Suffizienzstrategien zu reduzieren. Wir gehen damit  
13 den seit der Annexion der Krim und den anhaltenden Aggressionen im Osten der  
14 Ukraine von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angestrebten Weg der energiewirtschaftlichen  
15 Unabhängigkeit von Russland weiter.

16 Die kurzfristige Substitution von Rohöl, insbesondere am Raffineriestandort  
17 Leuna und von Erdgas beim Großverbraucher SKW Piesteritz, stellt die Industrie  
18 aber auch das Land Sachsen-Anhalt vor größere Herausforderungen, da der Bezug  
19 über Pipelines aus Russland erfolgt. Die Raffinerie von Total in Leuna nimmt  
20 etwa ein Drittel der russischen Ölimporte ab. Sie hat zwar ihre Verträge  
21 umgestellt, so dass die Ölimporte aus Russland ab Mitte April halbiert sind,  
22 aber das Ende aller Lieferbeziehungen mit Russland ist erst zum Ende des Jahres  
23 2022 angekündigt. Neben Ammoniak – ist SKW Piesteritz Deutschlands größter  
24 Hersteller von Harnstoffprodukten.

25 Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist dabei ein wichtiger Treiber des  
26 Strukturwandels, ein wirtschaftlicher Standortvorteil und ein Jobmotor. Der  
27 Ausbau ist auch eine Frage der europäischen Sicherheit. Die Transformation  
28 unserer Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität macht uns widerstandsfähiger und  
29 umso energischer müssen der Bund und das Land Sachsen-Anhalt die Energiewende  
30 gemeinsam vorantreiben.

31 Der Kohleausstieg ist wichtiger denn je. Im Jahr 2019 wurden insgesamt 40,4 Mt  
32 Steinkohle nach Deutschland importiert. Dabei ist Russland mit 19,2 Mt (47,5%)  
33 der Hauptbezugsort. Mit dem "Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der  
34 Kohleverstromung" ist der Ausstieg bis spätestens 2038 gesetzt. Der  
35 Angriffskrieg durch den Kreml macht den Ausstieg noch dringender und auch der  
36 Koalitionsvertrag hat sich das Ziel gesetzt, idealerweise bis 2030 auszusteigen.

37 Zur Erhaltung der Versorgungssicherheit und Unterstützung der betroffenen  
38 Unternehmen sowie zur sozialen Sicherung in Sachsen-Anhalt fordern wir als  
39 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt folgende Initiativen:

## 40 **1) Ausbau, Versorgungssicherheit, 41 Energieeffizienz**

### 42 **a) Erdgas**

43 Aufgrund der starken Abhängigkeit von Erdgas ist eine schnelle Diversifizierung  
44 der leitungsgebundenen Gasversorgung notwendig. Dazu braucht es eine gezielte  
45 gemeinsame Anstrengung der europäischen Gemeinschaft und eine Anpassung der  
46 vorhandenen Infrastruktur zu deren optimaler Ausnutzung. Mit verbindlichen  
47 Füllstandsvorgaben für die Wintermonate im Gasspeichergesetz ist bereits ein  
48 entscheidender Schritt unternommen worden, um die Speicherinfrastruktur im Sinne  
49 der Versorgungssicherheit optimal zu nutzen.

50 Wir begrüßen die derzeitigen Anstrengungen, auch wasserstoffgeeignete LNG-  
51 Terminals in Deutschland zu errichten. Bei den neu entstehenden  
52 Lieferbeziehungen wollen wir darauf achten, dass diese nicht zu dauerhaften  
53 Lock-in-Effekten führen. Wo es zur Aufrechterhaltung industrieller Prozesse  
54 kurzfristig nötig und möglich ist, soll Erdgas mit klimaneutral hergestelltem,  
55 sogenanntem grünen Wasserstoff auch zur stofflichen Nutzung ersetzt werden. Dazu  
56 fordern und fördern wir die Umstellung dieser Prozesse. Auch gilt es, Potenziale  
57 für Biogas zu evaluieren.

### 58 **b) Öl und Ölprodukte**

59 Erdöl hat eine wesentliche Rolle als Treibstoff und als Rohstoff zur stofflichen  
60 Nutzung, unter anderem in der Chemieindustrie. Dank erheblicher politischer  
61 Anstrengungen auf Bundesebene ist die Importabhängigkeit innerhalb weniger  
62 Wochen auf nunmehr 12 Prozent gesunken. Wir begrüßen den von der EU-Kommission  
63 vorgeschlagenen zeitnahen Importstopp der Öllieferungen aus Russland. Gerade vor  
64 dem Hintergrund der über die Druschba-Pipeline noch immer stark von russischen  
65 Öllieferungen abhängigen Wirtschaft Ostdeutschlands unterstützen wir die  
66 aktuellen Bemühungen der Bundesregierung um alternative Lieferbeziehungen, etwa  
67 über die Häfen Rostock und Gdańsk/Danzig.

68 Zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs durch Privathaushalte setzen wir uns für  
69 ein Tempolimit, autofreie Tage sowie die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs  
70 auf fossil angetriebene Fahrzeuge ein. Der Fahrzeugbestand des ÖPNV muss zügig  
71 elektrifiziert und das Angebot insbesondere im ländlichen Raum durch bessere  
72 Taktungen und flexible Mobilitätskonzepte ausgebaut werden. Zur Steigerung der  
73 Attraktivität des Radverkehrs sollten temporäre Radwege ins Straßennetz  
74 eingebunden und Mobilitätsstationen eingerichtet werden. Zudem sollte der  
75 Einsatz von elektrisch unterstützten Lastenfahrrädern für die letzte Meile durch  
76 Logistikunternehmen und Lieferdienste verstärkt auch in Sachsen-Anhalt gefördert  
77 werden.

78 Die Nutzung von Homeoffice, mobilem Arbeiten und Videokonferenzen sollte im  
79 Fokus bleiben, um weiterhin Geschäftsreisen und unnötigen Pendelverkehr zu  
80 reduzieren. Schließlich muss die preisliche Attraktivität des öffentlichen  
81 Verkehrs gegenüber dem motorisierten Individualverkehr weiter durch Instrumente  
82 wie dem 9€- oder 365-Tage-Ticket gesteigert werden.

### 83 **c) Ausbau der Erneuerbaren**

84 Durch den Angriffskrieg und die Bestrebung unabhängig von Energieimporten aus  
85 Russland zu werden, braucht es den Ausbau der erneuerbaren Energien noch mehr

86 als je zuvor! Wir begrüßen die Bestrebungen von Bundeswirtschafts- und  
87 Klimaminister Robert Habeck und Landesenergieminister Prof. Willingmann das 2%-  
88 Flächenziel für Windenergie an Land auch in Sachsen-Anhalt umzusetzen. Dafür  
89 braucht es jedoch noch erhebliche Anstrengungen auf Landes- und Bundesebene, um  
90 einen Bürokratieabbau voranzutreiben. Im Planungsrecht ist eine „Vorfahrt für  
91 Erneuerbare Energien“ erforderlich, indem insbesondere die Privilegierung von  
92 erneuerbaren Anlagen im Außenbereich ausgebaut wird (z.B. Abwägung zwischen  
93 Denkmalschutz und Klimaschutz bei der Installation von Solaranlagen). Die  
94 Raumordnungsverfahren im Land Sachsen-Anhalt der Regionalen  
95 Planungsgemeinschaften sind noch lange nicht abgeschlossen oder auf die 2%  
96 angepasst. Dazu braucht es erhebliche monetäre und personelle Unterstützung der  
97 Regionalen Planungsgemeinschaften und auch den Willen der Regionen und Kommunen.  
98 Dies kann und sollte durch eine stärkere monetäre Beteiligung der Kommunen an  
99 den Wind- und Solarparks erfolgen. Durch ein Bürger- und  
100 Gemeindebeteiligungsgesetz des Landes soll die Akzeptanz der Windkraft im  
101 ländlichen Raum gestärkt werden.  
102 Das Land sollte darüber hinaus den Kommunen Fördermittel zur Installation von  
103 Solaranlagen bereitstellen und sie gleichzeitig verpflichten, geeignete Flächen  
104 im kommunalen Eigentum und im Eigentum der beherrschten kommunalen  
105 Tochtergesellschaften (insbesondere Dächer) zeitnah mit Solaranlagen  
106 auszustatten.

107  
108 Die verschiedenen Krisen und der Krieg in Europa verlangen auch nach einer  
109 Zeitenwende bei der Abwägung zwischen Naturschutz und dem Ausbau der  
110 Erneuerbaren Energien. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt ist Wind im  
111 Wirtschaftswald kein Tabu. Insbesondere in geschädigten Waldflächen und  
112 Wirtschaftswäldern (Monokultur) sollte im Einzelfall die Errichtung von  
113 Windkraftanlagen ermöglicht werden.

114 Sachsen-Anhalts Fläche bietet genug Gelegenheit, mehr als 2,2% der Landesfläche  
115 für die Windenergie zu nutzen. Einen starren Deckel darf es daher nicht geben.  
116 Für die Zukunft in Sachsen-Anhalt ist daher auch ein deutlich stärkerer Zubau,  
117 auch über den Flächenbeitragswert von 2,2% laut Entwurf des Gesetzes zur  
118 Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land für 2032  
119 hinaus, umzusetzen.

#### 120 **d) Ausbau der Netze**

121 Die Vorgaben aus dem Osterpaket der Bundesregierung bedeuten eine nahezu  
122 Verdopplung der Leistung bei Windkraftanlagen und eine nahezu Vervielfachung der  
123 Leistung bei Photovoltaik-Anlagen innerhalb von 8 Jahren. Das zieht eine enorme  
124 Kraftanstrengung nach sich. In gleichem Maße wie die Leistungen ausgebaut  
125 werden, braucht es einen Ausbau der Stromnetze um das 3- bis 4-fache sowie die  
126 Schaffung/Qualifizierung von Infrastruktur für grünen Wasserstoff. Außerdem  
127 müssen die Stromspeicher und die sektorgekoppelte Infrastruktur ausgebaut  
128 werden. Hierzu sind enorme finanzielle Anstrengungen notwendig und eine  
129 deutliche Beschleunigung der Planungs- und Umsetzungshorizonte von möglichst  
130 unter 5 Jahren.

## 131 **2)** 132 **Industrie/Wirtschaft/Strukturwandel/Transformati-** 133 **on**

134 Schon heute investieren Industrieunternehmen erhebliche Ressourcen in den  
135 Klimaschutz. Ohne Mitwirkung der Wirtschaft kann auch Sachsen-Anhalt die

136 ambitionierten klima- und energiepolitischen Ziele der Bundesregierung nicht  
137 erreichen. Die Wirtschaft von morgen ist nachhaltig und wird sich an den CO<sub>2</sub>-  
138 Emissionen ihrer Produkte messen. Sie schützt damit nicht nur das Klima, sondern  
139 macht uns vor allem auch unabhängiger von fossilen Energien aus anderen Staaten.  
140 Damit sichert sie aber auch Wohlstand und Wertschöpfung sowie Arbeitsplätze hier  
141 vor Ort. Die hohe Verfügbarkeit von Erneuerbaren Energien wird als neue  
142 Energiesicherheit zum entscheidenden Standortvorteil Sachsen-Anhalts. Dies haben  
143 die Intel-Ansiedlung in Magdeburg und die Avnet-Ansiedlung in Bernburg  
144 eindrucksvoll zeigt. Wer Investitionen will muss Windräder bauen und  
145 Solarstrompaneele installieren.

146 35% der 50% Erdgasimporte aus Russland verbraucht die Industrie in Deutschland.  
147 Dies sind insbesondere die Eisen-, Stahl- sowie Chemieindustrie.

148 Selbst die Gasschmelzöfen von Glasherstellern wie Euroglas in Haldensleben  
149 müssen rund um die Uhr mit Erdgas versorgt werden. Dessen Abwärme noch immer  
150 nicht vollständig weitergenutzt wird und in andere Sektoren oder Formen  
151 umgewandelt wird. Die Forderung eines Abwärmekatasters wäre eine Win-win-  
152 Situation.

153 Wir fordern die Erarbeitung tagesaktueller branchenbezogener Analysen zu den  
154 Auswirkungen der aktuellen Lage am Gasmarkt auf sachsen-anhalter Unternehmen  
155 sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

156 Für einen regionalen Ausgleich bei möglichen Engpässen halten wir  
157 kontinuierliche Energiedialoge der Grundversorgungsunternehmen mit den  
158 Großabnehmer\*innen auf freiwilliger Basis über den gesetzlichen Standard hinaus  
159 für sinnvoll.

160 Wir fordern darüber hinaus die laufende Prüfung und Schaffung von geeigneten und  
161 zielgerichteten Hilfsmaßnahmen und geeigneter Instrumente für energieintensive  
162 Unternehmen. Wo immer möglich, müssen Hilfen dazu auch an ökologisch sinnvolle  
163 Bedingungen geknüpft werden. Hierbei sollte der Umstieg auf stromoptimierte  
164 Produktion auf Basis der Erneuerbaren Energien schnell ermöglicht werden. Die  
165 Landtagsfraktion soll hierzu beauftragt werden, einen geeigneten Antrag zu  
166 stellen.

167 Ein Nachhaltigkeitsindex sollte von der Landesregierung etabliert und bei der  
168 Wirtschaftsförderung genutzt werden, der leicht verständlich zeigt, wie die  
169 Wirtschaft und Industrie in puncto Nachhaltigkeit aufgestellt sind.

170 Gesamtwirtschaftlich gibt es derzeit keine Anzeichen einer Rezession, jedoch  
171 wird die Entwicklung durch Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten  
172 gebremst. Dies wird andauern und mit der Inflation eine Wirkung entwickeln. Im  
173 Rahmen ihrer Möglichkeiten soll die Landesregierung Unternehmen helfen, sich  
174 breiter aufzustellen, um sich nicht von einem Lieferanten bzw. Herkunftsland  
175 abhängig zu machen. Es gilt daher dafür Sorge zu tragen, dass Strukturen in den  
176 Lieferketten stärker diversifiziert werden, und auch andere Quellen in den Blick  
177 zu nehmen, um resilienter zu werden.

178 Zur Unterstützung der regionalen Wirtschaft und zur Sicherung einer  
179 langfristigen Krisenfestigkeit sollte ein widerstandsfähiger, resilienter und  
180 nachhaltiger Wirtschaftsraum ausgebildet werden. Dafür soll die Landesregierung  
181 ein nachhaltiges Leitbild des Wirtschaftsraums Sachsen-Anhalt mit dem Ziel des  
182 Ausbaus bestehender und der Entwicklung neuer regionaler  
183 Wertschöpfungsnetzwerke, Absatzmärkte und Kreislaufströme in Zusammenarbeit mit

184 den Akteuren aus der Wirtschaft entwickelt werden. Es ist darauf hinzuwirken,  
185 dass Strategien zum Umgang mit Krisensituationen, insbesondere der  
186 Anpassungsfähigkeit zur Herstellung und Lagerung kritischer Güter, entwickelt  
187 und Notfallpläne erstellt werden.

188 Das Energiesystem aber auch die Versorgungssicherheit braucht mehr Transparenz,  
189 Objektivität und Sachlichkeit. Deshalb benötigt Sachsen-Anhalt zügig ein  
190 technisches 24/7-Energiesicherheits-Monitoring. Dazu beauftragen wir die  
191 Landtagsfraktion zeitnah einen geeigneten Antrag zur Einrichtung eines solchen  
192 Monitorings zu stellen. Bei der Umsetzung des Monitorings sollten auch alle  
193 Potenziale der Digitalisierung sowie wissenschaftliche Beratung genutzt werden.

### 194 **3) Soziale Sicherheit und Schutz vor** 195 **Energiearmut**

#### 196 **Soziale Entlastung statt Energiearmut**

197 „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner  
198 Freiheit.“ Dieser Satz ist Teil unseres grünen Selbstverständnisses. In der  
199 momentan krisenhaften Situation ist es für die Gesellschaft besonders  
200 anspruchsvoll, ihn mit Leben zu erfüllen. Wo alle Verbraucherpreise steigen und  
201 nicht selten parallel auch die Mieten ansteigen, trifft es besonders die Ärmsten  
202 der Gesellschaft. Das Versprechen des Sozialstaates nach Sicherung des  
203 Existenzminimums muss auch gehalten werden, wenn die Kosten für die Sicherung  
204 der bloßen Existenz steigen. Das ist überlebensnotwendig für das Vertrauen in  
205 unseren Staat und somit für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Neben  
206 Lebensmitteln und Teilhabe gehören dazu auch Strom, Mobilität und eine warme  
207 Wohnung.

#### 208 **Strom- und Wärmesperren sind zu verhindern**

209 Die Bundesregierung sortiert unter der Beteiligung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die  
210 Sozialleistungen neu. Neben einer am Bedarf orientierten Kindergrundsicherung  
211 und einer Neuberechnung der Grundsicherung für Erwachsene muss dazu auch ein  
212 auskömmlicher Kostensatz für Energiekosten gehören. Wo Energiekosten objektiv  
213 steigen muss auch dieser Beitrag angepasst werden. Empfänger von  
214 Transferleistungen haben keine Rücklagen, um steigende Kosten selbst abzudecken.  
215 Deshalb ist es die Verantwortung des Staates, hier die Gefahr von  
216 Energieschulden abzuwenden.

217 Strom- und Wärmesperren stellen die höchste Eskalationsstufe bei Energieschulden  
218 dar. Sie treffen die Ärmsten und oft Vulnerablen hart und es gilt diese zu  
219 verhindern. Vorgeschaltet müssen immer Beratungsstufen, Unterstützung bei  
220 Einsparungen und echte Hilfsangebote sein, um diese Härten zu vermeiden.

221 Da die Berechnung von Heizkosten- und Energiekostensätzen und -zuschüssen immer  
222 auf den ermittelten Kosten der vergangenen Periode beruht, können krasse  
223 Preissprünge in ihnen nicht abgebildet werden. Dies würde unweigerlich zu  
224 unterdimensionierten Auszahlungen führen und finanzielle Notsituationen  
225 erzeugen. In Zeiten objektiv sprunghaft steigender Energiepreise ist der  
226 Heizkostenzuschuss der Bundesregierung ein wirksames Instrument zur Entlastung  
227 der Menschen. Aber auch bei den erwartbar hohen Nachzahlungen bei  
228 Energieabrechnungen für das Jahr 2022 braucht es ein sozial gerechtes Instrument  
229 zur Abfederung durch den Bund.

#### 230 **Energetische Sanierungsmaßnahmen auch im kommunalen Wohnraum** 231 **vorantreiben**

232 Energiekosten sind ein relevanter Kostensatz bei der Ermittlung der Kosten der

233 Unterkunft für die Empfänger von Sozialleistungen. Das gilt direkt, aber auch  
234 indirekt. Günstiger Wohnraum ist in vielen Kommunen vorwiegend in unsanierten  
235 und wenig energieeffizienten Gebäuden verfügbar. Bei sehr knapp berechneten KDU-  
236 Kostensätzen führt das gleichzeitig oft zu höherem Strom- und Wärmeverbrauch.  
237 Bei steigenden Kosten liegt es auch in der Verantwortung der Kommunen, die  
238 Kostenberechnung der Realität anzupassen, um das Existenzminimum tatsächlich zu  
239 sichern. Gleichzeitig soll es ein Landesprogramm zur Sanierung von sozialem  
240 Wohnraum geben, um in diesem – für den freien Markt eher unattraktiven –  
241 Wohnungssektor energiesparende Um- und Einbauten zu ermöglichen.

242 Im Moment sind aus zahlreichen kommunalen Wohnungsunternehmen Alarmrufe zu  
243 vernehmen. In der Frage von Energie- und Wärmekosten kommt es zu für beide  
244 Seiten existenzbedrohenden Konflikten mit den oft ebenfalls kommunalen  
245 Energieanbietern. Es ist im Interesse des Landes, sowohl die kommunalen  
246 Wohnungsunternehmen als auch die Energieanbieter zu unterstützen. Sie sichern  
247 bezahlbares Wohnen und die Grundversorgung mit Energie. Deshalb soll das Land  
248 die Kommunen an solche Stellen als Mediator unterstützen, um jeweils eine  
249 existenzsichernde und gleichzeitig kundenorientierte Lösung zu finden. Für  
250 Fälle, in denen eine solche Lösung nicht gefunden werden kann, soll das Land,  
251 gemeinsam mit den Kommunen einen Rettungsschirm aufspannen.